

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus
(21. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/1548 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 12/7895, 12/8467 Nr. 1.36, 13/1513 –**

Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus

A. Problem

Der Tourismus ist mit Problemen für Natur, Kultur und Gesellschaft der Destinationen verbunden und deshalb nur im Rahmen einer nachhaltigen Tourismuspolitik fortzuentwickeln, die die Ökonomie, Ökologie und Sozialverantwortlichkeit gegenüber Reisenden und Bereisten gleichermaßen berücksichtigt. Deshalb ist eine Verbesserung der Koordination und eine Verstärkung der Tourismuspolitik erforderlich.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 13/1548 – abzulehnen.

Bonn, den 6. März 1996

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus**Halo Saibold**

Vorsitzende und Berichterstatterin

Klaus Brähmig

Berichterstatter

Susanne Kastner

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Brähmig, Susanne Kastner, Halo Saibold und Dr. Olaf Feldmann

I.

Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 13/1548 wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union und den Sportausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Entschließungsantrag in seiner 21. Sitzung am 22. November 1995 mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 den Entschließungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner Sitzung am 28. Juni 1995 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion, der Gruppe der PDS und einer Stimme aus den Reihen der Fraktion der SPD – bei Stimmenthaltung der Mehrheit der Fraktion der SPD – beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 22. November 1995 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Entschließungsantrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 27. September 1995 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 beschlossen, von einer Stellungnahme zu dem Entschließungsantrag abzusehen.

Der Sportausschuß hat in seiner Sitzung am 22. November 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

II.

Der federführende Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat den Entschließungsantrag der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 20. Sitzung am 22. November 1995 beraten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. machten deutlich, daß es zu den Formulierungen der einzelnen Punkte des Antrags eine breite Ablehnung gebe.

Ferner habe der Ausschuß zum Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bereits eine Beschlußempfehlung für den Deutschen Bundestag beschlossen.

Auch die Mitglieder der Fraktion der SPD wiesen darauf hin, daß der Ausschuß zum Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus bereits einen Antrag verabschiedet habe; eine erneute Befassung des Ausschusses mit diesem Thema sei daher wenig sinnvoll.

Das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte deutlich, daß die vom Ausschuß angenommene Beschlußempfehlung zum Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus ihr nicht weit genug gegangen sei. Deshalb enthalte der Entschließungsantrag wichtige Punkte, die über den damaligen Ausschußbeschluß hinausgingen. Hierzu gehörten beispielsweise

- die Forderung nach einer interministeriellen Koordinierungsstelle für die Tourismuspolitik,
- die Forderung nach einer bundesweiten Freizeitfolgenabschätzung,
- die Forderung, das Inlands- und Auslandsmarketing im Tourismus zur Zusammenführung und Bündelung der vorhandenen Kräfte neu zu organisieren,
- die Forderung, ein unabhängiges und neutrales Forschungs- und Informationsinstitut im Bereich des Tourismus einzurichten,
- die Forderung, den Tourismusbeirat um Vertreterinnen und Vertreter der Naturschutzverbände, Menschenrechtsvereinigungen und soziokulturell arbeitender Gruppierungen zu ergänzen,

- die Forderung, die Ausbildungs- und Fortbildungssituation im Tourismusbereich zu verbessern,
- die Forderung nach Verbesserung der Tourismusstatistik und
- die Forderung, die auf der Weltkonferenz am 27./28. April 1995 verabschiedete „Charta für einen

verträglichen Tourismus“ für verbindlich zu erklären.

Die Beschlußempfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 6. März 1996

Klaus Brähmig

Berichterstatler

Susanne Kastner

Berichterstatlerin

Halo Saibold

Berichterstatlerin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatler